	180. Vollversammlung der AK Wien vom 14.11.2023
FSG	
Resolution Nr. 2	*Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 – Die Europäische Union für die arbeitenden Menschen weiterentwickeln*
Annahme	**Ausschuss EU und Internationales**

Die vor dem Hintergrund der Neukonstituierung des Europäischen Parlaments nach den Wahlen im Juni 2024 und des Arbeitsantritts der neuen Europäischen Kommission erstellte Resolution enthält eine Fülle von Forderungen und Vorschlägen für eine Neuausrichtung der EU-Politik in zentralen Politikfeldern. Diese waren in den letzten Monaten ein wesentlicher europapolitischer Schwerpunkt der Bundesarbeitskammer und wurden schriftlich (Stellungnahmen, Briefe), mündlich (verschiedene Gremien, parlamentarische Ausschüsse, Treffen mit ExpertInnen der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters, verschiedene Diskussionsveranstaltungen in Wien und in Brüssel) und medial (Pressearbeit, Social Media, Factsheets, A&W-Blog, EU-Infobrief etc.) in die Diskussion auf europäischer und nationaler Ebene eingebracht.

Nachstehend eine Auswahl konkreter Aktivitäten zu ausgewählten Forderungspunkten:

- Den Forderungen nach einem „neuen Schub für ein starkes soziales Europa“ und einen „sozial gerechten Übergang“ zur Klimaneutralität wurden durch verschiedene Aktivitäten Rechnung getragen, u.a. lud AK EUROPA am 12. Februar 2024 in Brüssel zur Veranstaltung „Die Europäische Säule sozialer Rechte in die Praxis umsetzen“. Zur Unterstützung der Forderung nach Schaffung einer EU-Arbeitsplatzgarantie wurde von AK EUROPA ebenfalls im Februar 2024 in Brüssel eine Veranstaltung organisiert. Die Forderung nach einem neuen sozialen Aktionsprogramm und Rechtsansprüchen auf Weiterbildung wurden in die Ausarbeitung der Erklärung von La Hulpe über die zukünftige Ausrichtung der sozialen Agenda der Europäischen Union eingebracht.
- In einem gemeinsamen Brief mit dem ÖGB an die Bundesregierung hat die Bundesarbeitskammer im Vorfeld der WTO-Konferenz Ende Februar 2024 eine grundlegende Reform der WTO-Regeln zur Unterstützung des sozial-ökologischen Umbaus gefordert.
- Der jahrelange Kampf für einen Ausstieg aus dem Energiechartavertrag hat wesentlich dazu beigetragen, dass nunmehr ein Ausstieg der EU aus dem Vertrag in die Wege geleitet wurde. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Beendigung aller Investitionsschutzverträge.
- In einer umfassenden Stellungnahme zur Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 wurden die Forderungen der Bundesarbeitskammer zu einem „Europäischen Budget für die Zukunft“ der Europäischen Kommission zur Kenntnis gebracht.

Und schließlich bewegen unter dem Motto „Stimme für Demokratie“ AK und ÖGB mit einer gemeinsamen Mobilisierungsinitiative ihre Mitglieder und andere wichtige Zielgruppen zur Teilnahme an der EP Wahl. Zu diesem Zweck sind eine Broschüre für Multiplikator:innen, eine Homepage mit zielgruppenspezifischen Unterseiten (insbesondere Arbeitnehmervertreter:innen), Mobilisierungskarten, diverse Giveaways und eine Veranstaltungsserie vorgesehen. Den Höhepunkt der Veranstaltungsserie bildet eine Podiumsdiskussion mit (Spitzen)Kandidat:innen der wahlwerbenden Parteien im BIZ der AK Wien am 27.5.2024.